

# Bundestag beschließt zweites Griechenland-Hilfspaket

Koalition verfehlt Kanzlermehrheit / Merkel: Schwerste Bewährungsprobe Europas

ban. BERLIN, 27. Februar. Der Bundestag hat auch dem zweiten „Griechenland-Paket“ in Höhe von 130 Milliarden Euro mit großer Mehrheit zugestimmt. Nach einer Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel (CDU) und einer Debatte votierten 496 Abgeordnete von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen für den Regierungsantrag. Es gab 90 Neinstimmen und fünf Enthaltungen. Mit 304 Stimmen der 591 anwesenden Abgeordneten erreichten die Koalitionsfraktionen zwar eine eigene Mehrheit. Die Kanzlermehrheit von 311 Stimmen wurde aber verfehlt. Aus dem Koalitionslager stimmten 17 Abgeordnete mit Nein; drei enthielten sich. Sechs nahmen an der Abstimmung nicht teil, wobei auch deren Stimmen zum Erreichen der Kanzlermehrheit nicht ausgereicht hätten. Bundesinnenminister Friedrich (CSU), der jüngst für ein Aus-

scheiden Griechenlands aus dem Euroraum plädiert hatte, stimmte mit Ja.

Frau Merkel kündigte an, Deutschland sei bereit, schon in diesem Jahr elf Milliarden Euro in den permanenten Euro-Rettungsschirm (ESM) zu überführen. 2013 solle dieselbe Summe noch einmal als letzte Tranche eingezahlt werden. Voraussetzung sei, dass die übrigen Eurostaaten dieser Idee folgten. Darüber werde an diesem Donnerstag beim EU-Gipfel gesprochen werden. Bisher war geplant gewesen, dass der Bund die Summe von etwa 22 Milliarden Euro in den ESM in fünf Raten einzahlt. Frau Merkel äußerte, sie sehe keinen Anlass, über weitere Kapazitätserhöhungen der Hilfen zu sprechen.

Die Kanzlerin wiederholte ihre Darlegungen, Europa stehe vor der „schwersten Bewährungsprobe“ des Einigungsprozesses. Sie habe immer vor „schnellen und ein-

fachen Lösungen“ der Krise gewarnt. „Dieser Prozess wird Jahre in Anspruch nehmen.“ Mit Blick auf Griechenland äußerte sie, Fehlentwicklungen dort müssten korrigiert werden. Die Löhne seien zu stark gestiegen, und die Steuerverwaltung sei zu modernisieren. „Eine hundertprozentige Erfolgsgarantie kann niemand geben.“ Ausdrücklich sprach sie sich gegen ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone aus. „Ich halte diese Position für unkalkulierbar und deshalb nicht verantwortbar.“

Für die SPD kritisierte der Abgeordnete Steinbrück die Bundesregierung. Das zweite Griechenland-Paket sei auf sehr „dünnem Eis“ gesetzt. Ein drittes Griechenland-Hilfspaket sei bald zu erwarten. Die „Strategie des Zeitkaufens“ der Bundesregierung sei gescheitert. *(Fortsetzung und weitere Berichte Seite 2, siehe Wirtschaft, Seiten 9 und 11.)*